

NS-Dokumentationszentrum

NS-Dokumentationszentrum - Der Freistaat soll auch eine Neubauvariante auf dem Gelände zwischen Arcisstraße, Gabelsbergerstraße und Barer Straße prüfen;
Antrag Nr. 02-08/A 00141 von Bündnis 90/Die Grünen/RL-Fraktion vom 04.07.2002

Interimslösung für das NS-Dokumentationszentrum
Antrag Nr. 02-08/A 00531 von Herrn StR Robert Brannekämper, Herrn StR Marian Offman, Herrn StR Richard Quaas vom 12.12.2002

Der Münchner Stadtrat wünscht ein würdiges und angemessenes NS-Dokumentationszentrum in der Nähe des Königsplatzes;
Dringlichkeitsantrag Nr. 536 der Fraktionen von SPD, CSU, Bündnis 90/Die Grünen/RL-Fraktion, FDP vom 17.12.2002

Errichtung eines (NS-) Dokumentationszentrums in München;
Antrag Nr. 02-08/A 00573 von Herrn StR Johann Weinfurter vom 21.01.2003

Beteiligung des Bezirksausschusses 3 Maxvorstadt am Kuratorium, das zur Errichtung des NS-Dokumentationszentrums am Königsplatz eingerichtet wird;
Antrag Nr. 02-08 / A 00688 von Frau StRin Mechthild von Walter vom 21.02.2003

NS-Dokumentationszentrum in München; Besetzung des Kuratoriums (Punkt 5 des Schreibens vom 10.02.2003);
Antrag Nr. 882 des Bezirksausschusses des 3. Stadtbezirks Maxvorstadt vom 11.02.2003

11 Anlagen:

1. Antrag Nr. 02-08/A 00141
2. Antrag Nr. 02-08/A 00531
3. Dringlichkeitsantrag Nr. 536
4. Antrag Nr. 02-08/A 00573
5. Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 3. Juli 2002
6. Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte zum NS-Dokumentationszentrum in München
7. Stellungnahme zum Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte von Prof. Dr. W. Nerdinger
8. Stellungnahme des Stadtarchivs München zum Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte
9. Thesenpapier des Initiativkreises für ein NS-Dokumentationszentrum in München
10. Antrag Nr. 882
11. Antrag Nr. 02-08 / A 00688

Beschluss des Kulturausschusses vom 13.03.2003 (VB)

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin:

1. Anlass für die Vorlage

Anlass für die Vorlage sind sowohl die Vorgaben der Beschlüsse der Vollversammlung des Stadtrates vom 3. Juli 2002 (s. Anlage 5) und vom 18. Dezember 2002 (s. Anlage 3) wie auch die oben genannten Anträge (s. Anlagen 1, 2, 4, 10 und 11), die sich allesamt mit der Errichtung bzw. der Planung eines NS-Dokumentationszentrums in München befassen und eine Klärung des Procedere in den nächsten Wochen und Monaten verlangen.

Im Einzelnen lauten die Anträge wie folgt:

Antrag Nr. 02-08/A 00141 von Bündnis 90/Die Grünen/RL-Fraktion vom 04.07.2002 (s. Anlage 1)

Der Stadtrat möge beschließen:

Im Rahmen der Verhandlungen über die Errichtung eines NS-Dokumentationszentrums wird der Oberbürgermeister gebeten, auch eine Neubauvariante für die Errichtung dieses Forschungs- und Dokumentationszentrums durch den Freistaat einzubringen.

Hierfür soll das zur Neubebauung vorgesehene Gelände des Freistaates (TU-München) südlich der Alten Pinakothek, zwischen Arcisstraße, Gabelsbergerstraße und Barerstraße diskutiert werden. Um die räumliche Nähe zum Königsplatz zu wahren, wäre ein Standort an der Arcisstraße von Vorteil.

Diese Variante sollte im Rahmen des bereits vorgesehenen städtebaulichen Wettbewerbs für diese Fläche Teil der Wettbewerbsaufgaben sein.

Antrag Nr. 02-08/A 00531 von Herrn StR Robert Brannekämper, Herrn StR Marian Offmann, Herrn StR Richard Quaas vom 12.12.2002 (s. Anlage 2)

Es ist zu prüfen und dem Stadtrat darzustellen, ob bis zur Schaffung eines dauerhaften NS-Dokumentationszentrums eine Interimslösung gefunden werden kann. Vorstellbar wäre, dass in einem oder beiden der ca. 350 qm großen Keller unter den sogenannten Ehrentempeln auf einem aktuellen Modell oder Luftfoto des Stadtkerns die Orte des NS-Terrors markiert werden. An Wandtafeln könnten die einzelnen ehemaligen NS-Orte historisch aufgearbeitet werden. Ein anderer Bereich der Ausstellung könnte den Planungsstand und das Wettbewerbsverfahren für das NS-Dokumentationszentrum ak-

tuell dokumentieren und somit die Diskussion in der Öffentlichkeit über das Dokumentationszentrum anregen.

Dringlichkeitsantrag Nr. 536 von Fraktionen der SPD, CSU, Bündnis 90/Die Grünen/RL, FDP und Beschluss in der Vollversammlung vom 18.12.2002 (s. Anlage 3). Beschluss:

Im Rahmen der Verhandlungen zwischen der Landeshauptstadt München und dem Freistaat Bayern bezüglich des weiteren Vorgehens zur Errichtung eines NS-Dokumentationszentrums für München wird der Oberbürgermeister gebeten, folgende Punkte als Position des Stadtrates der LHM einzubringen:

München verfügt aufgrund verschiedener historischer Fakten noch immer über kein Dokumentationszentrum zur Rolle Münchens im Nationalsozialismus. Nachdem sowohl der Bayerische Landtag als auch der Stadtrat der LHM die Notwendigkeit eines solchen Zentrums grundsätzlich bejaht haben, muss die ins Auge gefasste Lösung den Erwartungen, die an ein solches Dokumentationszentrum gestellt werden, auch gerecht werden. Dies bedeutet, dass das Zentrum in der angemessenen Größe in der Nähe des Königsplatzes situiert sein muss und in erster Linie eine zentrale Lösung in Frage kommt. Geschichtswege durch München können bestenfalls eine ergänzende, aber keine zentrale Rolle im Rahmen eines Dokumentationszentrums spielen. Eine dezentrale Lösung erscheint nur wenig zielführend.

Dieser Antrag ist bereits geschäftsordnungsgemäß erledigt.

Antrag Nr. 02-08/A 00573 von Herrn StR Johann Weinfurtner vom 21.01.2003 (s. Anlage 4)

Der Stadtrat möge beschließen: Die bislang vorgelegten Konzeptpapiere für ein NS-Dokumentationszentrum in München werden nicht weiter verfolgt. Statt dessen wird ein umfassendes Dokumentationszentrum geschaffen, das den Werdegang der geschichtlichen Entwicklung seit dem 1. Weltkrieg bis zum Ende des 2. Weltkrieges zum Gegenstand hat.

Der Antrag wird begründet mit Feststellungen und Formulierungen, die an dieser Stelle einer Richtig- bzw. Klarstellung bedürfen: Die „einseitige Ausrichtung der Thematik“ wird bemängelt. „Es ist aber nicht hilfreich, immer wieder dieselbe Problematik, die bereits in einer umfangreichen Literatur abgehandelt wird, stets neu aufzuarbeiten. Ferner existieren bereits eine Reihe von NS-Dokumentationszentren wie z.B. am Obersalzberg, in Dachau und Nürnberg etc., die die Geschichte der NS-Ideologie und deren Folgen umfassend darstellen und durchdringen.“ Die „Problematik“ der Geschichte des deutschen Faschismus lässt sich nicht dadurch lösen, dass die Auseinandersetzung mit dem Thema als erschöpfend angesehen wird. Tatsache ist, dass das Interesse an der NS-Geschichte – entgegen den Erwartungen – in den letzten Jahren nicht ab-, sondern zugenommen hat. Das zeigen eben gerade die im Antrag erwähnte „umfang-

reiche Literatur“ und die immens hohen Besucherzahlen in den genannten Einrichtungen. Die Faszination dieser Zentren für die Besucher liegt in der konzeptionellen Einbindung authentischer Orte, der damit verbundenen regionalen Verortung der Geschehnisse und in der Verankerung in einem umgreifenden historischen Zusammenhang. Diese Situation ist in München nicht gegeben und wird seit Jahren mehr und mehr als Mangel wahrgenommen – und dies trotz jahrelanger vielfältiger und lebendiger Geschichtsarbeit.

In der Begründung des Antrags wird zudem davon gesprochen, dass die Zeit reif sei für eine „historisch korrekte ausführliche Analyse und Darstellung der Leiden der Völker im 2. Weltkrieg“. Es wäre „umso verdienstvoller, das geplante Dokumentationszentrum in München entschlossener, ehrlicher und umfassender anzulegen als dies bislang geplant ist.“ Unabhängig von der Frage, wie eine „historisch korrekte ausführliche Analyse“ aussehen könnte, ist es mittlerweile gesellschaftlicher und politischer Konsens geworden, die fatale Rolle Münchens als „Hauptstadt der Bewegung“ nicht zugunsten einer wesentlich weiter gefassten Fragestellung zu vernachlässigen. Sowohl die Diskussionen in der Öffentlichkeit wie auch in den politischen Entscheidungsgremien zeugen von Entschlossenheit, sich vorerst und vor allem dieser Rolle Münchens ehrlich und umfassend anzunehmen.

Antrag Nr. 882 des Bezirksausschusses des 3. Stadtbezirkes Maxvorstadt vom 11.02.2003 (s. Anlage Nr. 10)

Wir bitten, sich dafür einzusetzen, dass dem Bezirksausschuss Maxvorstadt ein Sitz im Kuratorium eingeräumt wird. Insoweit verweisen wir auf den Antrag des BA Maxvorstadt vom 19. März 2002 Nr. 7068, der mit Beschluss der Vollversammlung vom 3. Juli 2002 (Ifd. Nr. 7) aufgegriffen wurde und zur geschäftsordnungsgemäßen Behandlung noch ansteht. (s. S. 5 dieser Vorlage)

Antrag Nr. 02-08 / A 00688 von Frau StRin Mechthild von Walter vom 21.02.2003 (s. Anlage 11)

Der Stadtrat möge beschließen:

In dem Kuratorium, das zur Errichtung eines NS-Dokumentationszentrums am Königsplatz eingerichtet wird, soll auch der Bezirksausschuss 3 Maxvorstadt mit Sitz und Stimme vertreten sein.

Beschluss der Vollversammlung vom 3. Juli 2002 (s. Anlage 5)

- 1. Der Sachstand zum Thema Dokumentationszentrum wird zur Kenntnis genommen. Der Kulturausschuss wird in dieser Angelegenheit regelmäßig informiert. Die nächste Unterrichtung erfolgt bis spätestens Dezember 2002.*

2. *Die Errichtung eines NS-Dokumentationszentrums in der Nähe des Königsplatzes wird für wichtig, notwendig und überfällig erachtet. Die Landeshauptstadt München erklärt ihre Bereitschaft und ihren Willen, ein Dokumentationszentrum gemeinsam mit dem Freistaat Bayern zu betreiben und hierfür eine Drittelfinanzierung (Bund, Land, Kommune) zu übernehmen.*
3. *Die Stadt muss in den künftigen Verhandlungen mit dem Freistaat gleichberechtigter Partner sein.*
4. *Im Rahmen der inhaltlichen Diskussion wird geklärt, inwieweit die „Bibliothek der verbrannten Bücher“ konzeptioneller Bestandteil des Dokumentationszentrums sein kann.*
5. *Nach einer ersten Vorbereitungsphase hinsichtlich einer Konzepterstellung muss eine Festlegung zur Träger- und Bauherrenschaft des Hauses erfolgen. Hierzu sollte baldmöglichst ein Gespräch zwischen dem Oberbürgermeister und den zuständigen bayerischen Ministern erfolgen.*
6. *Die Konstituierung eines unabhängigen Fach-Beirates wird als dringend erforderlich erachtet. Wünschenswert wäre es, dass dieser Fachbeirat schon jetzt ein gemeinsames Gremium von Stadt und Freistaat (evtl.) Bund wird. Falls der Freistaat derzeit noch kein gemeinsames Beiratsgremium installieren möchte, wird das Kulturreferat beauftragt, für die kommunale Seite einen vorbereitenden Arbeitskreis zu installieren. Dieser tritt spätestens im September 2002 zusammen. Diesem Gremium sollen mindestens angehören: Vertreter/innen der Fraktionen, des Kulturreferats, des BA Maxvorstadt, der auf Seite 10 der Vorlage beschriebene Arbeitskreis der Initiativen und Vereine (max. 5), externe Experten/innen sowie historische Institute. Das Gremium soll 20 Personen nicht übersteigen. Vertreter/innen des Freistaats sollen beigeladen werden. Das Gremium wird aufgelöst, wenn sich der gemeinsame Fachbeirat bildet.*
7. *In den Prozess der Konzipierung des Hauses muss die Öffentlichkeit und der BA 3/Maxvorstadt eingebunden werden. Wie dies am besten geschehen kann, muss in den nächsten Monaten geklärt werden.*
8. *In den Verhandlungen der Stadt mit dem Freistaat muss darauf geachtet werden, dass die neue NS-Abteilung im Münchner Stadtmuseum, das künftige Jüdische Museum, die Zeichensetzungen im öffentlichen Raum (z.B. „Geschichtsmeile“) und das NS-Dokumentationszentrum inhaltlich aufeinander Bezug nehmen und ein entsprechendes Netzwerk konstituieren.*
9. *Das Budget des Kulturreferates wird vorbehaltlich der Entscheidung der Vollversammlung am 24.07.2002 zum Eckdatenbeschluss für 2003 unter Einschluss der Auflösung des derzeit bestehenden Dissenses befristet auf einen Zeitraum von 3 Jahren jährlich um Sachkosten von 80.000 Euro und um Personalkosten von 70.600 Euro erhöht.*

10. *Der Oberbürgermeister wird gebeten, auf geeignetem Weg – gemeinsam mit dem Freistaat – eine Beteiligung des Bundes bzw. bundeseigener Stiftungen zu verhandeln.*

2. Vorschlag

Im Folgenden werden die Antworten auf die Anträge und die aufgrund des Beschlusses der Vollversammlung vom 3. Juli 2002 erreichten Ergebnisse zusammengefasst und erläutert. Dies geschieht anhand der Darstellung und Bewertung von drei Diskussionsforen, dem Symposium für ein NS-Dokumentationszentrum in München, dem Spitzengespräch zwischen Herrn Oberbürgermeister Ude und Frau Staatsministerin Hohlmeier und schließlich dem „Arbeitskreis für ein NS-Dokumentationszentrum“ (s. S. 5 oben), der vom Stadtrat im letzten Jahr eingesetzt worden ist.

Die sich daraus ergebenden Konsequenzen und Bedingungen für weitere Entscheidungen des Stadtrates werden dargelegt.

Ein Kuratorium und ein wissenschaftlicher Beirat werden konstituiert.

3. Im Einzelnen

a. Verlauf und Ergebnisse des zweiteiligen Symposiums „Ein NS-Dokumentationszentrum für München“

Vom 05. bis 07.12.2002 und vom 16. bis 17.01.2003 fand das zweiteilige Symposium „Ein NS-Dokumentationszentrum für München“ statt, das gemeinsam von Stadt und Staat, d.h. der Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit und dem Kulturreferat, veranstaltet wurde. Das Symposium war sehr gut besucht, die Vorträge und Foren bildeten die Basis für äußerst lebhaft und in Teilen kontroverse Diskussionen. Die Referate, Podiumsgespräche und Diskussionen werden in einem Tagungsband dokumentiert werden, der voraussichtlich im Frühsommer erscheinen wird.

Ziel des ersten Symposiums war es, im Rahmen unterschiedlicher Referate deutlich zu machen, welchen Stellenwert die Stadt München im nationalsozialistischen Machtgefüge hatte, wie sich nationalsozialistische Strukturen in München bilden bzw. verfestigen konnten und damit den NS-Terror möglich machten.

Unsere Absicht war es, die in München wirkenden und einschlägig arbeitenden Universitätsabteilungen bzw. Institute in die Veranstaltung einzubinden wie auch jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Gelegenheit zu geben, ihre Arbeiten einem

größeren Publikum vorzustellen. Wir hatten dabei Vertreter unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen zur Präsentation ihrer Forschungen eingeladen und sie gebeten, ihre Erwartungen an das künftige Haus zu formulieren. Darüber hinaus referierten einschlägig arbeitende Wissenschaftler aus den USA und versuchten bei dieser Gelegenheit eine Bewertung des Umgangs mit der NS-Vergangenheit in München.

Uns war es wichtig, im ersten Teil des Symposiums – unabhängig von der Diskussion um Standort, Träger- und Bauherrenschaft – erst einmal zu klären, wie weit mittlerweile die Forschung zur NS-Geschichte für München gediehen ist, welche Lücken weiterhin bestehen und auf welcher inhaltlichen Grundlage die Konzeptarbeiten für die geplante Institution aufbauen können. Zusammenfassend lässt sich bilanzieren, dass es eine ganze Reihe von Experten (Professoren, Studenten, Promovierende) an der TU, der LMU, dem Institut für Zeitgeschichte und anderen Einrichtungen gibt, deren Erfahrungen und Forschungen für die Konzipierung des geplanten Hauses genutzt werden können und müssen. Deutlich wurde, dass die Arbeiten zur Geschichte des Nationalsozialismus in München in den letzten Jahren nicht nur an Umfang zugenommen haben, sondern auch höchste Qualität erreicht haben. Der erste Teil des Symposiums bot in dieser Hinsicht umfassende Informationsmöglichkeiten zum aktuellen Forschungsstand. Die Referate und die sich anschließenden Diskussionen können im Tagungsband nachgelesen werden.

Für heftige Diskussionen sorgte bereits während der Dezember-Veranstaltung die Vorstellung des Gutachtens des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ), das vom Kultusministerium in Auftrag gegeben worden war (s. Anlage 6). Der Autor, Dr. Volker Dahm, plädiert für eine dezentrale Lösung und für eine „weitgehende Beschränkung auf lokalgeschichtliche Geschehnisse“. „Geht man aber von der Rolle aus, die München im Nationalsozialismus gespielt hat, dann ist ein NS-Dokumentationszentrum dieses Zuschnitts (gemeint ist eine „große Lösung“ im Sinne eines „Prestigeobjekts“) nicht zwingend erforderlich. Vielmehr wäre eine Dokumentation, die sich weitgehend auf das historische Geschehen in München und die hier anzutreffenden NS-Spezifika beschränkt, aus fachwissenschaftlicher Sicht ausreichend und sinnvoll...“. Vorgeschlagen wird eine „Kombination von Teilausstellungen mit Besichtigungsstrecken durch die Innenstadt zu einem ‚Gang durch das nationalsozialistische München‘“. Dabei sollen die Ausstellungen durch Besichtigungsstrecken miteinander verbunden werden. „Auf den Besichtigungsstrecken sollen die historischen Plätze und Gebäude durch auffällige, wetterfeste...Schrifttafeln erläutert werden.“

Der Vorschlag des IfZ wurde von den im Symposium anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern mehrheitlich als nicht adäquat eingeschätzt. Deutlich wurde, dass eine dezentrale Lösung der Bedeutung Münchens für den Nationalsozialismus nicht gerecht werden kann. Die angebotene Lösung wurde zudem als wenig besucherfreundlich angesehen. Sie würde darüber hinaus einer Annäherung an eine Gesamtsicht auf das nationalsozialistische München und dessen Rolle als „Hauptstadt der Bewegung“

nicht dienlich sein. Die Auseinandersetzung mit dem Gutachten wurde auch im zweiten Teil des Symposiums anlässlich des Vortrags von Prof. Dr. Winfried Nerdinger/TU München/Architekturmuseum (s. Anlage 7) fortgeführt, der als Vertreter des „Initiativkreises für ein NS-Dokumentationszentrum in München“ eine zentrale Lösung in einem Neubau fordert.

Aufgrund der Bedeutung des IfZ-Gutachtens im Prozess der Auseinandersetzung um ein künftiges NS-Dokumentationszentrum wurde das Münchner Stadtarchiv um eine Stellungnahme gebeten. Diese liegt als Anlage 8 bei. Sie geht nicht nur auf signifikante Fehler des IfZ-Gutachtens ein, sondern hinterfragt kritisch die inhaltlichen und konzeptionellen Schlussfolgerungen, die in dem Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte angestellt werden und zwingend zu Fehleinschätzungen bezüglich der prägenden Rolle Münchens für die NS-Herrschaft führen. Darüber hinaus formuliert das Stadtarchiv selbst Erwartungen an ein künftiges NS-Dokumentationszentrum in München.

Im zweiten Teil des Symposiums, der vom 16. bis zum 17.01.2003 im Gasteig stattfand, sollte es konkret um Fragen der Planung, Umsetzung und Vermittlung gehen. Ziel war darüber hinaus der Versuch einer Standortbestimmung Münchens im Netzwerk unterschiedlicher Gedächtnisorte, historischer Museen, Dokumentationszentren u.a.. Die Erfahrungen in vergleichbaren Einrichtungen („Topographie des Terrors“ in Berlin, Dokumentationszentrum „Reichsparteitagsgelände“/Nürnberg, Dokumentation Obersalzberg) wurden referiert, inhaltliche Schwerpunkte vorgestellt bzw. die Einbindung von Fachgremien und Öffentlichkeit thematisiert. Die Frage nach dem Umgang „mit authentischen Orten“, deren Faszination bzw. Mystifizierung (z.B. unterirdische Räumlichkeiten) war Gegenstand so gut wie aller Referate und der jeweils anschließenden Diskussionen.

Am Vormittag des 17.01.2003 hatte der „Initiativkreis für ein NS-Dokumentationszentrum in München“ Gelegenheit, eigene Vorstellungen und Erwartungen für das geplante Haus zu formulieren und Forderungen hinsichtlich der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Transparenz des gesamten Prozesses zu begründen. Kritisiert wurden die im Gutachten des IfZ gezogenen Schlussfolgerungen für das Konzept des Hauses. Gefordert wurde eine zentrale Dokumentationsstätte in einem Neubau auf dem Grundstück des ehemaligen „Braunen Hauses“. Angemahnt wurde die Beteiligung der Öffentlichkeit und des Initiativkreises in der Auseinandersetzung um die Planung und Gestaltung, d.h. auch größtmögliche Transparenz der kommenden Entwicklungen. Gewarnt wurde vor einer parteipolitischen Vereinnahmung des Gesamtprojekts, unabhängige und interdisziplinär eingerichtete Gremien sollten deswegen baldmöglichst eingerichtet werden (s. Thesenpapier des Initiativkreises Anlage 9).

Dem Kreis gehören folgende Personen und Institutionen an: VVN/BDA, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V./München, Insight e.V., Prof. Dr. Winfried Nerdinger/TU München, Förderverein für internationale Jugendbegegnung und Gedenkstättenarbeit

in Dachau e.V., Archiv der Münchner Arbeiterbewegung, Institut für Kunst und Forschung, Verein zur Neugestaltung des Königsplatzes, Evangelische Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau, Ver.di München, AG verfolgter Sozialdemokraten/Südbayern, Memento e.V., Lagergemeinschaft Dachau, Kulturzentrum der IKG, Andreas Bohl/Haidhauser Nachrichten, Weiße Rose Stiftung e.V..

b. Das Gespräch zwischen Stadt und Staat

Kurz nach dem Symposium fand am 21.01.2003 ein Gespräch zwischen Frau Staatsministerin Hohlmeier und Herrn Oberbürgermeister Ude statt. Die Ergebnisse:

- Nach wie vor besteht der eindeutige Wille, zusammen mit dem Bund eine Dokumentationseinrichtung zur Aufklärung über die NS-Diktatur und ihre Vorgeschichte in der Weimarer Republik zu schaffen. Die Realisierbarkeit eines solchen Vorhabens wird nicht bezweifelt.
- In einer ersten Antwort auf eine Anfrage von Seiten des bayerischen Kultusministeriums hat der Bund bereits grundsätzliches Interesse an dem Projekt signalisiert. Konkrete Schritte zur Einbeziehung des Bundes können allerdings erst dann unternommen werden, wenn die Bedingungen für das Procedere deutlicher skizziert sind.
- Die Kultusministerin hat darauf verwiesen, dass eine finanzielle Beteiligung des Freistaats nach dem Nürnberger-Modell erfolgen könnte (Zur Information: Stadt, Land und Bund trugen bis zu einer Deckelung von 18 Mio. DM zu je einem Drittel die Investivkosten, der Betreiber des Hauses ist allein die Stadt Nürnberg). Die momentane Festlegung der Stadt München auf die Übernahme von 1/3 der Betriebskosten des Hauses sei nicht ausreichend.
- Es wurde festgehalten, dass sowohl das Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte wie die Ergebnisse des Symposiums und die Entscheidungen der jeweiligen städtischen und staatlichen Gremien als Basis für das weitere Vorgehen gelten.
- Vereinbart wurde, sowohl in die Konzeptphase als auch in die Diskussion um den geeigneten Ort/die geeigneten Orte mit ergebnisoffener Haltung zu gehen.
- Entschieden wurde, dass vor Ende März ein hochrangiges Kuratorium gebildet wird, dem je ein Vertreter der Stadt, des Staates und des Bundes angehören sollen sowie angesehene Repräsentanten der großen Parteien, Vertreter der drei Religionsgemein-

schaften, ein Vertreter der Zeitzeugengeneration, eine renommierte publizistische Persönlichkeit sowie der Sprecher/die Sprecherin des künftigen wissenschaftlichen Beirats.

Der Freistaat Bayern lehnt eine Ausweitung des Kuratoriums ausdrücklich ab.

Das Kuratorium wird Vorschläge auf der Basis der oben genannten Grundlagen erarbeiten und einen wissenschaftlichen Beirat bestimmen, der noch vor der Sommerpause zusammentreten soll.

Die genannten Gremien werden auch zur Raumfrage Stellung nehmen (Neubauvariante, Nutzung bereits bestehender Liegenschaften).

- Einvernehmlich wurde über den Umgang mit der „Salzmann-Bibliothek“ entschieden, die zum Ankauf angeboten ist. Angesichts der ungewöhnlich hohen Erwerbungskosten (820.000 Euro) und der zu erwartenden Katalogisierungs-, Restaurierungs- und Betreuungsaufwendungen (geschätzt: 350.000 Euro/Jahr) wird von einem Erwerb abgesehen. Da ein Gesamttitelverzeichnis zur Forschungsliteratur genauso wenig vorliegt wie zu den einzelnen Werkausgaben der „Salzmann-Bibliothek“, wird der Eigner gebeten, angesichts der hohen Ankaufskosten die Wertigkeit seiner Sammlung durch einen vereidigten Gutachter feststellen zu lassen. Es kann daher zum derzeitigen Zeitpunkt nicht geklärt werden, ob die „Bibliothek der verbrannten Bücher“ zu einem konzeptionellen Bestandteil des NS-Dokumentationszentrum werden könnte.

c. Der „Arbeitskreis NS-Dokumentationszentrum“

Mit Beschluss der Vollversammlung vom 03. Juli 2003 (s. Anlage 5) wurde der „Arbeitskreis NS-Dokumentationszentrum“ bis zur Konstituierung eines Beirates eingerichtet. Der Arbeitskreis ist zwei Mal zusammengetreten, zuletzt am 23.01.2003, um den aktuellen Sachstand zu erfahren und zu diskutieren. Festzuhalten ist, dass von den anwesenden Mitgliedern des Arbeitskreises mehrheitlich positiv gewertet wurde, dass künftig nicht nur das IfZ-Gutachten, sondern auch die Ergebnisse des Symposiums und die bestehenden Beschlussvorlagen von Stadt und Staat Diskussionsgrundlagen für den weiteren Prozess sind. Der Arbeitskreis geht davon aus, dass weiterhin offen über eine Lösung diskutiert wird und keine Festlegung auf eine dezentrale Einrichtung mit „Parcours“ erfolgt ist.

Die Vertreter des „Initiativkreises für ein NS-Dokumentationszentrum“ (Mitglieder s. S. 8) äußerten sich ungehalten über die Zusammensetzung des Kuratoriums. Sie sehen die Beteiligung des Initiativkreises und damit der engagiert arbeitenden gesellschaftlichen Gruppen nicht gewährleistet. Gefordert wurde eine Änderung der Zusammensetzung des Kuratoriums, sei es durch eine Ausweitung des Gremiums um einen

Sitz, sei es dadurch, dass sich die beiden Kirchen mit einem Sitz begnügen. Auch der BA-Maxvorstadt sollte als ein Vertreter der Erstinitiativen einen Sitz im Kuratorium haben. Zudem sollte vorab geklärt werden, wer die Vertreter der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen in das Kuratorium beruft.

Der Initiativkreis plädierte für stärkeres städtisches Selbstbewusstsein in den Verhandlungen mit dem Staat. Angesichts des wohl auch für München geplanten Finanzierungsmodell „Nürnberg“ sei es absehbar, dass das Dokumentationszentrum zu einem kommunal betriebenen Museum wird. Dieser Faktor sei ausreichend für eine stärkere Mitsprache und Positionierung der Stadt bezüglich der Konzeption des Hauses und der Zusammensetzung der vorbereitenden Gremien.

Nachgefragt wurde, wer die Arbeit zur Vorbereitung der Kuratoriums- und Beiratstätigkeit leisten wird. So trat beispielsweise der wissenschaftliche Beirat und das Kuratorium in Nürnberg in fünf Jahren jeweils nur 10 Mal zusammen. Die Arbeit aufgrund der Entscheidungen und Vorschläge beider Gremien leistete ein Projektteam der Stadt Nürnberg.

d. Folgerungen für die oben genannten Anträge (s. S. 1ff.) und für die Vorgaben aus dem Stadtratsbeschluss vom 3. Juli 2002:

- Die Finanzierung des Projekts „NS-Dokumentationszentrum München“ stellt sich bezüglich des städtischen Finanzierungsanteils gemäß Beschlusslage der Vollversammlung vom 03.07.2002 wie folgt dar:

Hinsichtlich der Vorbereitungsphase wurde der Dissens aus dem Chefgespräch (Personalkosten 70.600 Euro, Sachkosten 80.000 Euro) zum Schlussabgleich zum Haushalt 2003 (Finanzausschuss am 01.04.2003) angemeldet. Die endgültige Entscheidung trifft die Vollversammlung im Rahmen der Haushaltsverabschiedung am 02.04.2003.

Ohne die Finanzierung der Vorbereitungsphase kann von Seiten des Kulturreferates weder dem zu konstituierenden Kuratorium zugearbeitet werden, noch kann der Prozess der Planung und Konzipierung des Hauses begleitet und gestaltet werden.

Die Bedingungen für die Träger- und Bauherrenschaft sind ungeklärt. Bislang gilt von Seiten der Stadt die Zusage für eine Drittelfinanzierung für den Betrieb des Hauses (s. Beschluss der Vollversammlung vom 03.07.2002, Anlage 5), Zusagen für die Finanzierung der Bau- und Investivkosten sind nicht vorhanden.

- Der derzeitige Stand der Diskussionen und Verhandlungen präjudiziert weder eine Neubauvariante noch eine wie immer zu definierende Nutzung bzw. Einbeziehung von „authentischen Orten“ für das geplante Dokumentationszentrum. Die Vor- und Nachteile beider Alternativen sind umfassend während des Symposiums erörtert wie auch im

Spitzengespräch zwischen Stadt und Staat eingebracht worden. Die örtliche Festlegung ist im Wesentlichen eine Frage des inhaltlichen Konzepts, die sowohl vom Kuratorium wie auch vom wissenschaftlichen Beirat auf der Basis der bisher gewonnenen Erkenntnisse behandelt werden muss (s. Antrag Nr. 02-08/A 00141, Anlage 1).

- In diesem Sinn wird derzeit auch keine Interimslösung für einen provisorischen Ausstellungsort unter den früheren „Ehrentempeln“ erwogen (s. Antrag Nr. 02-08/A 00531, Anlage 2).

- Die Konzipierung des geplanten NS-Dokumentationszentrums wird auf der Grundlage des Gutachtens des IfZ, des Symposiums und der Entscheidungen der politischen Gremien auf städtischer und staatlicher Ebene erfolgen. Dies bedeutet, dass – genau wie in der Frage des Standorts - die zum Teil konträren inhaltlichen Annäherungen an die Auseinandersetzung um Münchens Rolle als „Hauptstadt der Bewegung“ und deren Darstellung in einem Dokumentationszentrum abzuwägen sind und die Standortfrage entsprechend gelöst werden muss. Auch dieser Schritt wird durch die oben genannten Gremien vorzubereiten sein (s. Antrag 02-08/A 00141, Anlage 1 und Dringlichkeitsantrag s. Anlage 3).

- In diesem Sinn werden die bislang vorbereiteten Konzeptpapiere weiterhin Grundlage der künftigen Entwicklung sein. Unzweifelhaft ist, dass die Weimarer Jahre, die Entstehung der NSDAP und das für die „Bewegung“ konstituierende gesellschaftspolitische Münchner Umfeld schwerpunktmäßig dokumentiert werden müssen (s. Antrag Nr. 02-08/ A 00573, s. Anlage 4).

- Die Bemühungen um den Ankauf der „Bibliothek der verbrannten Bücher“ werden nicht weiter verfolgt. Dies bedeutet, dass derzeit nicht geklärt werden kann, ob die Bibliothek zum konzeptionellen Bestandteil des Dokumentationszentrums werden kann (s. Beschluss der Vollversammlung vom 3.7.2002, Anlage 5).

- Der Bund wird gebeten werden, eine Vertreterin/einen Vertreter in das zu gründende Kuratorium zu senden, so dass das Engagement und die Beteiligung des Bundes am Projekt auf diesem Weg baldmöglichst direkt geklärt werden kann (s. Beschluss der Vollversammlung vom 3.7.2002, Anlage 5).

Zudem soll in den Verhandlungen mit dem bayerischen Kultusministerium festgelegt werden, dass der Vertreter/die Vertreterin der Zeitzeugengeneration im Kuratorium gleichzeitig Mitglied des „Initiativkreises für ein Dokumentationszentrum in München“ ist.

Der BA 3 Maxvorstadt hat große Verdienste im Rahmen der Erinnerungsarbeit zur Geschichte der NS-Zeit in München. Zudem ist es im Wesentlichen dem BA 3 Maxvor-

stadt zu verdanken, die Diskussion um ein NS-Dokumentationszentrum erneut angestoßen zu haben. Es wäre jedoch gegenüber den anderen Initiativen und Vereinen, die sich seit vielen Jahren ebenso mit der NS-Geschichte Münchens auseinandersetzen und auf diesem Gebiet äußerst aktiv sind, nicht vertretbar, dem BA 3 Maxvorstadt Sitz und Stimme im Kuratorium für ein NS-Dokumentationszentrum einzuräumen. Sollte das geplante Zentrum im Bereich Maxvorstadt realisiert werden, muss im Rahmen der üblichen Zuständigkeit der BA 3 Maxvorstadt selbstverständlich einbezogen werden. (s. Anträge Nr. 882 und Nr. 688, S. 4)

Sollte die Finanzierung des Dokumentationszentrums nach dem Nürnberger Modell (s. S. 9) erfolgen, muss das Kuratorium um jeweils eine Vertreterin/einen Vertreter der Fraktion der SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/Rosa Liste und der CSU erweitert werden, um eine stärkere Mitsprache und Positionierung der Stadt zu erreichen.

Die Vorlage muss als Nachtrag behandelt werden, weil umfangreiche interne Abstimmungen erforderlich waren, die nicht eher erfolgen konnten. Der Stadtrat muss zudem zu einer Entscheidung in der Angelegenheit NS-Dokumentationszentrum zum vorgesehenen Termin kommen, um die weiteren, dringend erforderlichen Schritte der Abstimmung und Planung nicht zu verzögern.

Die Korreferentin des Kulturreferats, Frau Stadträtin Sabathil, die Verwaltungsbeirätin für Stadtgeschichte, Frau Stadträtin Renner, die Antragsteller, das Direktorium/Stadtarchiv, der Bezirksausschuss 3, sowie die Stadtkämmerei haben Kenntnis von der Vorlage.

II. Antrag der Referentin:

1. Die im Vortrag dargestellte Zusammensetzung des Kuratoriums mit je einem Vertreter der Stadt, des Staates und des Bundes, sowie angesehenen Repräsentanten der großen Parteien, Vertretern der drei Religionsgemeinschaften, einem Vertreter der Zeitzeugengeneration, einer renommierten publizistischen Persönlichkeit sowie dem Sprecher/der Sprecherin des künftigen wissenschaftlichen Beirats wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die einzelnen Persönlichkeiten aus den aufgeführten gesellschaftlichen Gruppen sollen einvernehmlich vom Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München und der Kultusministerin benannt werden. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, mit dem Kultusministerium und den zuständigen Vertretern des Bundes dahingehend zu verhandeln, dass die Vertreterin/der Vertreter der Zeitzeugengeneration im Kuratorium gleichzeitig Mitglied des „Initiativkreises für ein Dokumentationszentrum in München“ ist.

Das Kuratorium erarbeitet Vorschläge für die Besetzung des wissenschaftlichen Beirats und berät über die künftigen Schritte zur Klärung der Bauherren- und Trägerschaft, zur Klärung der Entwicklung eines Konzepts und damit verbunden der Standortfrage.

Eine Festlegung der Bauherren- und Trägerschaft kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht erfolgen.

2. Ein städtischer Vorschlag zur Besetzung des wissenschaftlichen Beirats wird dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt.
Der Arbeitskreis „NS-Dokumentationszentrum“, der mit dem Stadtratsbeschluss vom 3.7.2002 eingerichtet wurde, beendet seine Tätigkeit mit der Installierung des wissenschaftlichen Beirats.
3. Das Kuratorium und der künftige wissenschaftliche Beirat werden aufgefordert, die Transparenz ihrer Arbeit zu gewährleisten und festzulegen, wie die Öffentlichkeit in den Prozess um die Entwicklung des Zentrums eingebunden werden kann.
4. Sowohl die Ergebnisse des Symposiums wie auch das Gutachten des IfZ und die jeweiligen Beschlüsse des Stadtrates und des Landtags sind Basis für die Konzepterstellung. Dabei muss auch der Stellenwert des geplanten Hauses in der Museums- und Erinnerungslandschaft Münchens Beachtung finden.
5. Die Stellungnahme des Münchner Stadtarchivs zum Gutachten des IfZ muss in der künftigen Diskussion um das NS-Dokumentationszentrum Berücksichtigung finden.
6. Die Landeshauptstadt München ist nach wie vor bereit und willens, eine Drittfinanzierung (Bund, Land, Kommune) für den Betrieb des Dokumentationszentrums zu übernehmen.
7. Die Bemühungen um den Ankauf der „Bibliothek der verbrannten Bücher“ von Herrn Salzmann werden nicht weiter verfolgt. Ob die Bibliothek zum konzeptionellen Bestandteil des NS-Dokumentationszentrums werden kann, ist derzeit nicht zu klären.
8. Der Stadtrat wird bis spätestens September 2003 über den aktuellen Sachstand unterrichtet.

9. Das Budget des Kulturreferates wird – wie im Beschluss der Vollversammlung bereits vorgesehen – befristet auf einen Zeitraum von drei Jahren, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2003, jährlich um Sachkosten von 80.000 Euro (HST 3550.601.0900.4 „Sonstige Volksbildung; Stadtgeschichte“) und um Personalkosten von 70.600 Euro (HST 3000.490.0000.7 „Kulturpflege (Verw.); Dienstbezüge und dergl.“) erhöht, um den künftigen Prozess unterstützend und begleitend gestalten zu können und um die Arbeitsfähigkeit des Kuratoriums von städtischer Seite zu gewährleisten.

10. Der Antrag Nr. 02-08/A 00141 von Bündnis 90/Die Grünen/RL-Fraktion vom 04.07.2002, der Antrag Nr. 02-08/A 00531 von Herrn StR Robert Brannekämper, Herrn StR Marian Offman und Herrn StR Richard Quaas vom 12.12.2002, der Antrag Nr. 02-08/A 00573 von Herrn StR Johann Weinfurtner vom 21.01.2003, der Antrag Nr. 02-08 / A 00688 von Frau StRin Mechthild von Walter vom 21.02.2003 sowie der Antrag Nr. 882 des Bezirksausschusses des 3. Stadtbezirkes Maxvorstadt vom 11.02.2003 sind damit geschäftsordnungs- bzw. satzungsgemäß behandelt, ebenso wie die Vorgaben des Stadtrates, die sich aus dem Vollversammlungsbeschluss vom 03.07.2003 ergeben haben.

III. Beschluss:

nach Antrag.

Über den Beratungsgegenstand entscheidet endgültig die Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende:

Die Referentin:

Ude
Oberbürgermeister

Prof. Dr. Dr. Hartl
Berufsm. Stadträtin

- IV. Abdruck von I. bis III.
über den Stenografischen Sitzungsdienst
an die Stadtkämmerei
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- V. Wv. Kulturreferat (Vollzug)

Zu V. (Vollzug nach Beschlussfassung):

1. Übereinstimmung vorstehender Ausfertigung mit dem Originalbeschluss wird bestätigt.

2. Abdruck von I. mit V.
an StD
an die Direktion des Stadtmuseums
an die Direktion der Städtischen Galerie Lenbachhaus
an das Baureferat
an das Kommunalreferat
an das Planungsreferat
an FG 10
an GL-2
an das Direktorium-HA II/V 1
(Az.: 450/D-02/2
Az.: 450/D-02/4
Az.: 450/D-03/1
Az.: 02-08 / A 00688)
an den Vorsitzenden und die FraktionssprecherInnen des BA 3 (5 x)
an das Direktorium-HA II/V 2 – G I
(Az.: 024/51-503 A-882)
mit der Bitte um Kenntnisnahme bzw. weitere Veranlassung.

3. Zum Akt

München, den

Kulturreferat

I. A.